

Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe VII: Diskriminierung bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich und schriftlich zu berichten, welche Formen von Diskriminierung ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern erfahren, wie häufig diese vorkommen und wie diesen entgegengewirkt wird. Dabei soll konkret auf folgende Fragestellungen eingegangen werden:

1. Wie hoch ist die Quote der Ausbildungsabbrüche unter Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Auszubildenden ohne Migrationshintergrund und welche Ursachen gibt es hierfür?
2. Wie unterscheidet sich das Lohnniveau zwischen Beschäftigten mit und ohne Migrationshintergrund bei gleicher Qualifizierung? Sind Unterschiede zwischen Tätigkeiten mit hoher und niedriger Qualifikation festzustellen?
3. Wie unterscheidet sich die Suchdauer auf dem Arbeitsmarkt bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund? Sind Unterschiede bei Arbeitssuchenden mit hoher oder niedriger Qualifikation festzustellen?
4. Welche Formen der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt werden der Beauftragten für Integration gemeldet und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diesen entgegenzuwirken?

Begründung:

Die von der SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Arbeitskräfteprojektion der bayerischen Arbeitsmarktregionen (durchgeführt von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS)) weist auf, dass die Erwerbsbeteiligung bei Menschen mit ausländischem Pass in Bayern geringer ausfällt als im bundesdeutschen Vergleich. Hier wird das Arbeitspotential bei schon in Bayern lebenden Menschen nicht voll ausgeschöpft.

VorAn - Dokument - ID: 168588 eingereicht von Opitz, Jacqueline am 24.04.2023 - 14:30

SPD Status: eingereicht seit 24.04.2023 - 14:30

Ersterfasser: Katharina Schmidt

1

Gleichzeit sehen wir, dass viele Zugewanderte Deutschland schon nach wenigen Jahren wieder verlassen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat eine Vorstudie zur Abwanderung von ausländischen Fachkräften veröffentlicht. Demzufolge bleiben viele Zugewanderte deutlich kürzer in Deutschland als sie geplant haben. Die Zugewanderten kommen meist im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 35 Jahren nach Deutschland. Davon planen 17 Prozent nur 1 Jahr zu bleiben. Nur 23 Prozent planen für immer nach Deutschland zu kommen, doch auch von diesen verlassen rund dreiviertel Deutschland innerhalb von acht Jahren. Neben aufenthaltsrechtlichen und familiären/persönlichen Gründen spielen auch berufliche Gründe eine Rolle – sie finden keine passende Beschäftigung, haben Ausbildung/Studium beendet oder befürchten Arbeitslosigkeit. Fast ein Fünftel der Rückwandererinnen und Rückwanderer gab Integrationsprobleme an: Rund 12 Prozent fühlt sich nicht wohl und 6 Prozent diskriminiert.

In einer Zeit des Fach- und Arbeitskräftemangels gilt es die Menschen, die schon vor Ort in Bayern arbeiten und leben, zu binden und ihnen eine Perspektive zu geben. Dazu gehört eine gute Arbeitsintegration mit guten Arbeitsbedingungen. Mehrere Studien und Umfragen weisen jedoch darauf hin, dass sich schon in der Ausbildung und im Bewerbungsprozess viele Menschen mit Migrationshintergrund benachteiligt oder diskriminiert fühlen. So brechen Migrantinnen und Migranten in Deutschland im Schnitt doppelt so häufig ihre Ausbildung innerhalb der ersten drei Monate ab als deutsche Auszubildende.

Neben den Ausbildungsabbruchszahlen kann auch das Lohnniveau sowie die Suchdauer bei Arbeitssuchen Aufschluss darüber geben, ob Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt in Bayern benachteiligt werden.